

## **Bedeutung frühkindlicher Bildung aus Sicht der Bildungsgewerkschaft**

1.

Auf den Anfang kommt es an!

Dieser Satz ist inzwischen Allgemeingut im Sprachgebrauch aller Pädagoginnen und Pädagogen, aber hat sich auch schon rumgesprochen und wird rumgesprochen in Politikerkreisen und bei Regierungsvertretern.

Längst ist klar, dass Kindertagesstätten Einrichtungen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern sind – oder zumindest ist das gesetzlich so festgelegt.

Auch das christdemokratische Weltbild entwickelt sich inzwischen dahin, einzuräumen, dass Kitas für die Kleinsten nicht als Generalangriff auf christliche Familien- und Erziehungswerte zu werten sind, die den Marsch der Alt-68er in Zwangskollektivierung und Staatserziehung vorbereiten, sondern durchaus als eine Alternative zum traditionellen Familienbild – Alleinverdiener und Hausfrau – akzeptiert wird.

(Dass das noch nicht flächendeckend zum Allgemeingut geworden ist, zeigen die immer wieder aufflackernden Debatten über Rabenmütter oder die angeblich wissenschaftlich nachgewiesene Schädlichkeit des frühen Krippenbesuchs für die Kindsentwicklung).

Die „Bedeutung frühkindlicher Bildung“ – wie man den Satz: „Auf den Anfang kommt es an“ auch übersetzen kann, ist heute in aller Munde.

Wir haben in den letzten Monaten in Hamburg gemerkt, wie diese Aussage gebraucht und mitunter auch missbraucht wird, zum Beispiel in der Debatte um die Einführung der Primarschule. Schulstrukturveränderungen seien unnötig, weil wirkungslos, denn es komme auf den Anfang an: An den Kitas müsse angesetzt werden, Lern- und Sprachrückstände der Kleinsten seien im Schulsystem nicht mehr zu beheben.

Aus Sicht der Bildungsgewerkschaft GEW ist es erfreulich, dass die Erkenntnis der enormen Bedeutung der Kitas als Bildungseinrichtungen für die Entwicklung junger Menschen endlich weitgehend anerkannt ist.

Frühkindliche Bildung, schulische Bildung, Hochschule und Weiterbildung sind integrative Bestandteile des Bildungswesens und jeder Bereich für sich unverzichtbar.

Deshalb wendet sich die GEW entschieden dagegen, den einen Bereich gegen den anderen auszuspielen, wie dies in meinem Beispiel, aber auch etwa bei der Frage der Einführung von Studiengebühren unter Verweis auf Kitagebühren immer wieder versucht wird.

Ein integriertes Bildungswesen, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts in einem reichen Land wie Deutschland gerecht wird, muss gebührenfrei und für alle da sein!

Deshalb unterstützt die GEW selbstverständlich die Volksinitiative Kita-HH, die sich für die gebührenfreie Kita einsetzt.

Wir wissen, dass Gebühren Kinder vom Kita\_Besuch abhalten. Und dies geschieht nicht unabhängig vom sozialen Status des Kindes. Gerade für armutsgefährdete und Familien mit Migrationshintergrund spielen die Kosten der Kita eine wichtige Rolle. (Die Einführung von Vorschulgebühren durch die Hamburger CDU-Regierung hat sofort zu einem massiven Rückgang der Anmeldungen, gerade von ärmeren Familien und Familien mit Migrationshintergrund geführt.)

Auf der anderen Seite – auf der Seite der Besserverdienenden – führt die hohe Kostenbelastung durch Kita-Gebühren oft dazu, dass die Kinder aus diesen Familien verstärkt

selbstorganisiert und privat betreut werden. So wird die für die Integration der Gesellschaft notwendige Vielfalt der sozialen Zusammensetzung in Bildungseinrichtungen von beiden Seiten her weiter eingeschränkt. Wir wissen, dass die Segregation in den unterschiedlichen Stadtteilen auch Hamburgs ein zentrales Hindernis für Chancengleichheit in Bildungseinrichtungen, seien es Schulen oder Kitas, sind. Die Lernbedingungen an einem Gymnasium in Blankenese sind eben völlig verschieden von denen an einer Stadtteilschule in Billstedt – schon aufgrund der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft. Das ist bei den Kitas nicht anders: Alle Praktikerinnen können von den großen Unterschieden der Kita-Arbeit in sozialen Brennpunkten und in gutbürgerlichen Stadtteilen berichten. Der Staat ist gefordert, dafür zu sorgen, dass alle Eltern –egal welcher Herkunft oder welcher Einkommensschicht sie entstammen– die Sicherheit erhalten, einen Kita Platz für ihr Kind erhalten, der qualitativ gleichwertige Bedingungen der Betreuung, der Erziehung und der Bildung sicherstellt. Davon sind wir ohnehin meilenweit entfernt.

Wenn dann noch die Gebühren hinzu kommen, gerät das System gänzlich in Schiefelage. Mit der Erkenntnis, dass Kitas Bildungseinrichtungen sind, muss auch die Erkenntnis sich durchsetzen, dass Kitas gebührenfrei sind. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die Bildung unserer Kinder zu sorgen.

Bildung nach Kassenlage der Eltern ist ein unmittelbarer Widerspruch zum Postulat gleicher Bildungschancen für alle Kinder.

Welche Konsequenzen diese Forderung für die Beschäftigten in den Kitas haben muss, dazu später näheres.

Zunächst aber noch mal zur Bedeutung der frühkindlichen Bildung aus Sicht der Eltern. Der Siegeszug des Neoliberalismus hat dazu geführt, dass uneingeschränkt mobile und jederzeit verfügbare Menschen als Arbeitnehmer zur Verfügung stehen müssen. Nicht nur die Akademiker in Führungspositionen, die häufig Dienstreisen machen müssen, sind vom herkömmlichen Normalarbeitstag weit entfernt, sondern viele Beschäftigte in Schichtdiensten, z.B. im Einzelhandel müssen flexibel sein und sind oft erst spät abends zu Hause.

Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder werden von vielen Eltern als unzureichend betrachtet. Es gibt zu wenig Krippenplätze für unter 3jährige, zu wenig Ganztagskitaplätze und zu wenig Ganztagschulen. Wenn solche Plätze vorhanden sind, sind sie oft in den Öffnungszeiten (morgens und abends) zu wenig auf die Bedürfnisse der berufstätigen Eltern abgestimmt.

Einer forsa- Umfrage aus 2009 zufolge halten 57% der Eltern mehr Ganztagschulen für dringend nötig, meinen jeweils mehr als Dreiviertel aller Eltern, dass die Politik eine bessere Förderung der Familie durch finanzielle Entlastungen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Vorrang behandeln solle. Von der „Betreuungsoffensive“ des Familienministeriums hatten 72 % „so gut wie gar nichts“ gemerkt<sup>1</sup>.

Den erschwerenden Rahmenbedingungen für das Leben in der Familie stehen massiv gestiegene eigene und gesellschaftliche Erwartungen gegenüber, die den Druck auf Eltern verstärken:

**„Nahezu allen Eltern ist heute die Bedeutung von Bildung und Schule als die zentrale Zuweisungsstelle von sozialen Lebenschancen präsent.“**, so eine von der Konrad Adenauer Stiftung in Auftrag gegebene Studie 2008.

Die Bedeutung frühkindlicher Bildung ist also für Eltern von elementarer Bedeutung, und dabei geht es nicht um Aufbewahrung, SONDERN UM BESTMÖGLICHE Bildung von Anfang an.

„Auf den Anfang kommt es an“!

Wenn man den Wert, den Staat und Gesellschaft der frühkindlichen Bildung beimisst nicht nur an schönen Worten und wohlfeilen Sonntagsreden, sondern – wie Gewerkschaften dies tun – an den materiellen Rahmenbedingungen misst, sieht es schlecht aus in der Bildungsrepublik Deutschland.

2.

Die Bildungsbeteiligung der Kinder unter drei Jahren liegt in den Kommunen der alten Bundesländer überall unter 20%, Ausnahme mit etwas über 20% ist Hamburg. In den neuen Bundesländern liegt diese Quote noch häufig über 35%.

Bei den 3-6 Jährigen liegt die Beteiligung wegen des weitgehenden Rechtsanspruchs auf Betreuung bei etwa 90%, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass die meisten Plätze dort nicht Ganztagsangebote sind.

Wenn es wirklich auf den Anfang ankommt, dann muss unsere Forderung sein, für alle Kinder einen Rechtsanspruch auf ganztägigen Kita-besuch von Beginn an durchzusetzen – und der muss natürlich seine Entsprechung darin finden, dass dieser Besuch gebührenfrei ist und die bestmögliche Bildung für jedes Kind sicherstellt. Dazu ist einer bessere Ausstattung und eine bessere Behandlung des Personals nötig – dazu gleich mehr.

3.

Die Finanzierung frühkindlicher Bildung in Deutschland orientiert sich aus meiner Sicht immer noch an der Kita als einer Aufbewahrungsinstitution alter Prägung statt an einer hochqualifizierten, gesellschaftlich hochgeschätzten Bildungseinrichtung des 21. Jahrhunderts.

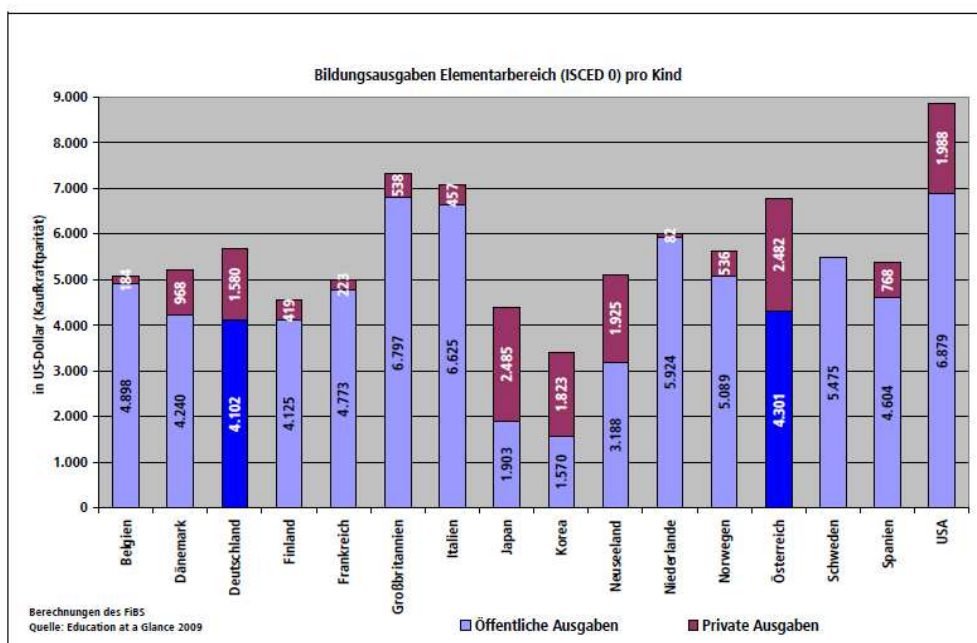


Abbildung 5: Kita-Ausgaben je Kind (in US-Dollar KKP)

20% der Kosten der Kita werden in Deutschland im Durchschnitt von den Eltern getragen, das ist im internationalen Vergleich ein Satz, der nur in Japan, Korea, Neuseeland und Österreich überschritten wird. Dagegen bleiben die Gesamtausgaben trotz dieses hohen Privatanteils deutlich unter dem Durchschnitt der Kita Ausgaben im internationalen Vergleich.

Wenn es wirklich auf den Anfang ankommt, dann muss hier deutlich mehr investiert werden. Für ein Kita – Kind gibt der Staat weniger Geld aus als für ein Grundschulkind, für ein Grundschulkind weniger als für ein Sekundarschulkind und für dieses weniger als für einen oder eine Studierende.

4.

Eine Studie im Auftrag der norddeutschen GEW-Landesverbände zum Lehrer- und ErzieherInnenbedarf von Prof. Klemm aus dem Jahr 2009 kommt zu dem Ergebnis, dass wir bis 2015 insgesamt 25.000 Vollzeitstellen neu besetzen müssen.

Die Beschäftigungsbedingungen sind auch nicht gerade dazu angetan, der Bedeutung frühkindlicher Bildung gerecht zu werden.

Mehr als die Hälfte der Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen arbeitet nicht in Vollzeit, viele erreichen nicht die Ruhestandsgrenze, sondern hören vorzeitig auf.

Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen gehen im Durchschnitt mit 59 Jahren in den Ruhestand. Eine Erzieherin, die seit dem 21. Lebensjahr bis zum 59. Lebensjahr ununterbrochen Vollzeit gearbeitet hat, kommt bei einem Bruttoeinkommen von 2.500 Euro auf eine Monatsrente in Höhe von rund 876 Euro.

Das Nettoeinkommen von Erzieherinnen liegt 224 Euro unter dem Durchschnitt aller Erwerbstätigen. Bei den Kinderpflegerinnen beträgt der Abstand 392 Euro.

Insbesondere Kinderpflegerinnen haben ein hohes Armutsrisiko. 12 Prozent dieser Berufsgruppe sind armutsgefährdet. Bei einem Einpersonen-Haushalt gilt als armutsgefährdet, wer weniger als 786 Euro im Monat verdient. Von den unter 25-jährigen Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen sind 18 Prozent armutsgefährdet, d.h. fast jede fünfte frühpädagogische Fachkraft ist zu Beginn ihres Berufslebens mit einem Nettoeinkommen mit unter 786 Euro armutsgefährdet.

Der frühkindlichen Bildung ihren bedeutenden Platz in der Bildungslandschaft Deutschlands wirklich zu geben, hieße, ihre Beschäftigten angemessen zu entlohnen. Und angemessen heißt, ihrer hohen Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder gemäß.

Das bedeutet auch, die Beschäftigten als Pädagogen und Pädagoginnen mit denjenigen gleich zustellen, die an anderen Bildungseinrichtungen arbeiten. Die GEW fordert schon seit langem eine integrierte Ausbildung für Pädagogen:

Die Bildungspolitischen Reformpositionen, beschlossen auf dem Gewerkschaftstag 2005, stellen unter anderem fest:

*„Das Professionsbild hat sich gewandelt und wird in Zukunft stärker durch Kompetenzen bestimmt, die sich vor allem auf die Aktivierung und Gestaltung von individuellen Lernprozessen sowie auf die Entwicklung sozialen Lernens konzentrieren. Anerkennung von Heterogenität und individuelle Förderung sind oberste pädagogische Maxime. Pädagoginnen und Pädagogen arbeiten zum Wohle der Entwicklung und des Lernprozesses der Lernenden sowohl untereinander als auch mit Psychologinnen,*

*Mediziner, Therapeuten und Eltern kontinuierlich zusammen. Pädagoginnen und Pädagogen müssen ausreichend Zeit haben für die Lernenden, für die Gestaltung von Lernprozessen, für die individuelle Förderung und für ihre eigene Fort- und Weiterbildung. Pädagoginnen und*

*Pädagogen sind sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und machen daher ihre Arbeit transparent.*

*Die GEW fordert: Die Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen erfolgt an Hochschulen. Die Grundausbildung aller pädagogischen Professionen ist gleich. Dem einheitlichen Basisstudium folgt das arbeits- und berufsfeldbezogene Hauptstudium. Die Ausbildung vermittelt wissenschaftliches, historisches und kritisches Denken sowie die Kompetenz zur Reflexion der eigenen Bildungsbiografie und der Geschlechterrolle. Wollen Pädagoginnen und Pädagogen in andere Bereiche des Bildungssystems wechseln, werden ihnen entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen angeboten.“*

5.

Ich fasse aus Sicht der GEW die zentralen Forderungen zusammen, mit der wir die Bedeutung frühkindlicher Bildung für die Bundesrepublik Deutschland und für Hamburg stärken wollen:

- Gebührenfreie Bildung für alle Kinder, egal welcher Herkunft vom nullten Lebensjahr an von der Krippe bis zur Hochschule
- Gleichwertige Hochschulausbildung für alle Pädagoginnen und Pädagogen in allen Bildungseinrichtungen mit entsprechender Bezahlung
- Bedarfsgerechter Ausbau der frühkindlichen Bildungseinrichtungen für alle und Abschaffung der Gebühren erfordern mehr staatliche Mittel auch in diesem Bildungssegment.